

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 109 (2015)
Heft: 7-8

Artikel: Sozialstaat - ein reiner Kostenfaktor : die Hilfswerke sind gefordert
Autor: Knöpfel, Carlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632219>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialstaat – ein reiner Kostenfaktor

Die Hilfswerke sind gefordert

Mitte der neunziger Jahre warnte der bekannte deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf vor einem autoritären 21. Jahrhundert. Hintergrund seiner Aussage war sein Konzept «guten Regierens»: Ein Land wird gut regiert, wenn es der Politik gelingt, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu fördern, den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten und eine freie Gesellschaft zu bewahren.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Globalisierung und des sich verschärfenden Standortwettbewerbs werden sich die Regierungen zunehmend gezwungen sehen, so die Befürchtung von Dahrendorf, dem ersten Ziel der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft höchste Priorität einzuräumen, und dies auf Kosten des zweiten Ziels, dem sozialen Zusammenhalt. In dieser Perspektive schrumpft der Sozialstaat zu einem reinen Kostenfaktor. Eine solche Politik, so die Schlussfolgerung von Dahrendorf, kann nur mit harter Hand und unter wachsender Begrenzung der freien Gesellschaft durchgesetzt werden.

Und wo stehen wir heute?

Gibt es Anzeichen in der Schweiz, dass sich die im Vorspann erwähnte Vorhersage von Ralf Dahrendorf bewahrheiten könnte? Wer die «Sonntagsreden» von Bundesräinnen und Bundesräten über einen längeren Zeitraum analysiert, dem fällt auf, dass der Hinweis auf die soziale und politische Stabilität als Erfolgsfaktor der Schweiz immer seltener genannt wird. Vielmehr wird von den ausufernden Kosten der sozialen Sicherheit angesichts des demografischen Wandels gewarnt. Das «avenir spezial» vom August 2014 zu Singapur, publiziert vom neoliberalen Think Tank der Wirtschaft «avenir suisse», will zu einem mutigen (!) Nachdenken über die Schweiz anregen. Schliesslich kann auch gefragt werden, was die Bologna-Reform im Bildungswesen, die Rettung der UBS in der Finanzkrise, die Energiewende nach Fukushima und die Fixierung des Franken-Wechselkurses gegenüber dem Euro sowie die spätere Aufgabe dieser Fixierung gemeinsam haben: Alle diese Entscheide wurden ohne direktdemokratische Legitimation gefällt.

Verlust an sozialem Zusammenhalt

Werfen wir einen genaueren Blick auf die Sozialpolitik der Schweiz, so wird rasch erkennbar, dass der von Dahrendorf eingangs prognostizierte Verlust an sozialem Zusammenhalt sich tatsächlich bereits am Horizont abzeichnet. Obwohl sich die Sozialstaatsausgaben seit Mitte der neunziger Jahre im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum entwickeln, gab es seither keine Revision einer Sozialversicherung mehr, die nicht auch zu einem Leistungsabbau führte oder diesen zumindest forderte. Was bei der Invalidenversicherung oder bei der Arbeitslosenversicherung tatsächlich geschah, konnte bisher bei der AHV und der zweiten Säule verhindert werden.

Doch Sozialpolitik wird nicht nur im Bundeshaus gemacht. Die Kantonalisierung und Kommunalisierung der Sozialpolitik schreitet voran. Und auch

hier werden sozialpolitische Entscheide gefällt, welche vor allem einkommensschwache Haushalte treffen. Kanton für Kanton nimmt Kürzungen bei der Prämienverbilligung der Krankenversicherung vor. Gemeinde für Gemeinde thematisiert die angeblich zu grosszügig ausgestattete Sozialhilfe. Mit Blick auf die Revision der Ergänzungsleistungen fordert der Schweizerische Arbeitgeberverband eine Kürzung dieser Gelder für Invaliden.

Gesellschaftsvertrag?

Angesichts dieser schlechenden Begrenzung der sozialen Sicherheit für besonders vulnerable Menschen stehen die Hilfswerke in einer besonderen Pflicht. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Verteidigung des Gesellschaftsvertrags in diesem Land. Die aktuelle Sozialpolitik auf Ebene des Bundes, der Kantone und der Gemeinden gefährdet den sozialen Zusammenhalt – und damit einen wesentlichen Faktor des sozialen Friedens. Gefragt ist eine integrierte Sozialpolitik, die aufzeigt, welche Wirkungen Entscheide im ganzen System der sozialen Sicherheit entfalten. So mag eine restriktivere Haltung bei der IV tatsächlich zu einer sinkenden Zahl von Neurenten führen, dafür aber steigt die Zahl der Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen in der Sozialhilfe. So mag es im Rahmen des Finanzausgleichs (NFA) sinnvoll gewesen sein, die Pflege an die Kantone abzutreten, dafür steigen die Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen.

Das Ganze im Auge behalten – mehr Mut einfordern

Dieser Form von Sozialpolitik, die von einem angeblichen Finanzierungsproblem zum anderen hüpfst, muss eine Sozialpolitik entgegengestellt werden, die das Ganze im Auge behält. Neben den Parteien und Gewerkschaften sind insbesondere auch die sozialen Hilfswerke gefordert, sich hier sehr viel stärker zu

engagieren. Von ihren Strukturen her, die stets eine Zentrale auf Bundesebene sowie regionale oder kantonale Organisationen umfassen, sind sie geradezu prädestiniert, sich in diesem politischen Feld einzumischen. Doch die Angst, Aufträge und finanzielle Mittel zu verlieren, wenn man sich sozialpolitisch zu Wort melden würde, wird immer wieder zitiert, um das eigene politische Abseitsstehen zu legitimieren.

Dem ist entgegen zu halten, dass Hilfswerke ein doppeltes Mandat haben: Menschen in Not zu helfen und sich dafür einzusetzen, dass weniger Menschen in Not geraten. Das anwaltschaftliche Engagement gehört also ohne Wenn und Aber zum Wesen eines Hilfswerkes. Hier ist eindeutig mehr Mut einzufordern. Dabei muss ja nicht jedes Hilfswerk alleine in den sozialpolitischen Ring steigen. Vielmehr wäre es im höchsten Masse wünschenswert, wenn sich die führenden sozialen Hilfswerke endlich zu einer *Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitik* zusammenfinden würden. Dahrendorf darf mit seiner Vorhersage nicht Recht bekommen. •

*Carlo Knöpfel ist Dozent an der Fachhochschule Nordwestschweiz, seine Arbeitsschwerpunkte sind Armut und integrierte Sozialpolitik.
Bild: Pia Zanetti*

carlo.knoepfel@fhnw.ch

